

Ralf Kalich

**14. Januar:
Ihr Landrat für den
Saale-Orla-Kreis**



**Sie
haben
die
Wahl!**



Foto: Martin Heinlein/DIE LINKE

Sie entscheiden: Vor Ort, im Land und in Europa!

Wer entscheidet eigentlich, ob das städtische Krankenhaus in unserem Ort geschlossen oder doch erhalten wird? Wer legt fest, wie oft die Busse fahren? Wo wird darüber bestimmt, ob ein sicherer Fahrradweg mein Dorf mit dem nächsten verbindet oder ob wir abends in der Dunkelheit zwischen den Autos fahren müssen? Haben wir noch einen Energieversorger, bei dem die Politik mitentscheidet, ob es einen Sozialtarif gibt? Zählt bei Strom- und Gaspreisen allein der Profit eines Konzerns, der seine Steuer nicht einmal hier bei uns in Thüringen zahlt?

Es sind solche Fragen, über die Politik entscheidet. Auch vor Ort in den Kommunen, so wie bei der Landratswahl am 14. Januar im Saale-Orla-Kreis. Für DIE LINKE geht Ralf Kalich ins Rennen. Der gelernte Elektromonteur, frühere

Wachmann und Hobby-Gastwirt setzt sich seit Jahren für die Menschen in seiner Region ein: Er war sechs Jahre lang Bürgermeister von Blankenstein und vertritt nun die Interessen seiner Heimatregion im Thüringer Landtag. In der Kommunalpolitik geht es oft um scheinbar kleine Fragen, die aber für das Leben vor Ort so wichtig sind: Muss eine Ampel vor der Schule stehen oder ist ein Fußgängerüberweg die bessere Wahl? Wie oft ist das Bürgerbüro überhaupt noch geöffnet und bis wann?

Kommunalpolitik ist nicht unpolitisch, wie es oft heißt. Auch hier stellt sich immer die Frage, welche Werte liegen Entscheidungen zugrunde? Geht es um mehr Mitbestimmung oder um ein bloßes Verwalten? Ist die Bank im Park nur schön anzuschauen oder lädt sie zum Ausruhen ein? Stehen

unsere Politikerinnen und Politiker auf der Straße und fragen: Wo drückt der Schuh? Und ist die Politik davon geleitet, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Menschen ein gutes Leben führen können? Unser Kandidat zum Landrat im Saale-Orla-Kreis Ralf Kalich ist so ein Politiker. Einer, der nachfragt und zuhört. Verlässliche Politik und beide Beine auf dem Boden, das ist seine Maxime. Seine Ziele sind klar: Die Stärkung der regionalen Wirtschaft, gute Erreichbarkeit der Dörfer und die Förderung von Kindern, Jugendlichen und dem Vereinsleben. Er will an Schulen längeres gemeinsames Lernen und kurze Wege zur Schule. Er will, dass das Krankenhaus vor Ort bleibt und die Höllental-Bahn endlich wieder fährt. Und er will all das mit den Menschen entscheiden, die vor Ort die Stadt und

das Dorf mitgestalten. Über die Köpfe hinweg am grünen Tisch zu regieren, das ist nicht seine Art. Zuhören und beteiligen, das ist sein Weg – und das macht den Unterschied.

Die Wahl im Saale-Orla-Kreis ist ebenso eine Richtungsentscheidung, wie die Europawahl am 9. Juni und die Landtagswahl am 1. September. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der sich die Politik gemeinsam mit den Menschen darum kümmert, das Soziale zu stärken. Vom Dorf bis nach Europa brauchen wir starke Stimmen, die sich dafür einsetzen. Im Saale-Orla-Kreis ist das Ralf Kalich, im Europaparlament unser Abgeordneter Martin Schirdewan und in Thüringen unser Ministerpräsident Bodo Ramelow.

*Ulrike Grosse-Röthig & Christian Schaft,
Vorsitzende DIE LINKE. Thüringen*

Eine LINKE für alle

Inflation, Klima, Krieg – Die Krisen drohen uns zu erdrücken. Gleichzeitig sind die Rechten auf dem Vormarsch. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir lassen uns nicht länger gegeneinander ausspielen. Eine gerechte Gesellschaft erkämpfen wir nur gemeinsam. Dafür braucht es eine starke linke Partei, die die Probleme an der Wurzel packt und einen spürbaren Unterschied im Leben der Leute macht. Wir wollen die Partei gemeinsam mit dir erneuern. Damit die Menschen auch weiterhin eine Wahl haben: Weiter nach rechts in die Vergangenheit – oder in eine gerechte Zukunft für Alle. Dafür brauchen wir dich!



„Kriege, Inflation und Zukunftssorgen belasten uns alle. Da braucht es Solidarität, Mut und Wärme, um gegen Sozialabbau und eine kälter werdende Gesellschaft zu kämpfen – und dies auf allen Ebenen vom Bund bis in die Kommunen. Das kann nur eine starke LINKE.“

Katja Wolf
Oberbürgermeisterin von Eisenach



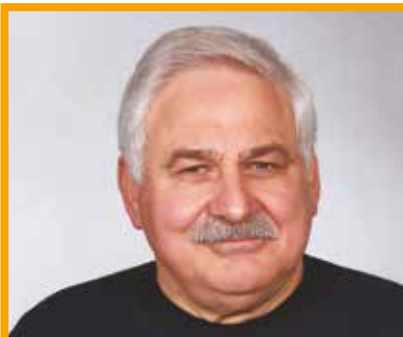
„Es braucht eine starke Thüringer LINKE für einen solidarischen Zusammenhalt der Menschen statt gesellschaftlicher Spaltung. Für soziale Gerechtigkeit und gute Lebensbedingungen sowohl in der Stadt, als auch im Dorf.“

Celine Balhas
Stadtverband Erfurt



„Es geht darum, die Interessen all jener zu vertreten, die zu geringen Löhnen arbeiten müssen oder auf Sozialleistungen angewiesen sind. Sie sind von enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen und hohen Energiepreisen und steigenden Mieten besonders betroffen. Reichtum muss deshalb begrenzt und hoch versteuert werden. Umverteilung ist Gebot von Humanität. Dazu braucht es eine starke LINKE!“

Dieter Hausold
Stadtverband Gera



„Ich meine, es braucht eine starke LINKE, um einerseits Ursache und Wirkung gesellschaftlicher Entwicklung sachlich zu erörtern, aber auch im Diskurs Wege zur Veränderung aufzuzeigen. Ideale der Menschen nach Frieden, Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen und Solidarität müssen bei allen Positionen stets Kernstück linker Politik sein und im Dialog mit den Menschen zur Vertrauensbildung gerade in Zeiten vieler Widersprüche beitragen.“

Bruno Beier
Kreisverband Unstrut-Hainich-Kreis



„Eine starke Thüringer LINKE sind wir und werden wir gemeinsam sein. Als eine Partei, die sich für soziale Gerechtigkeit stark macht und dem Rechtsruck immer entgegenstehen wird. Eine demokratische, ökologische, feministische und soziale Zukunft ist LINKS.“

Joelle Lesseng
Stadtverband Erfurt



„Nach meiner Flucht aus der Ukraine fand ich bei der Linken Unterstützung und Solidarität. Engagierte Genossinnen und Genossen halfen mir, meinen Weg in Deutschland zu finden und haben viele Veranstaltungen für Flüchtlinge organisiert. Mein Beitritt zur Linksjugend Solid ermöglichte eine tiefere Einbindung und Sensibilisierung für die Bedeutung von Solidarität. Die Linke überzeugt durch klare Haltung und praktische Hilfe; ihr Einsatz für soziale Gerechtigkeit motivierte meine Mitgliedschaft.“

Abdul Rahman AlBani
Linksjugend solid

Heute noch nichts vor?  **Dann werde jetzt Mitglied.**



die-linke.de

Strom muss nicht teuer sein!



Von Ralph Lenkert (DIE LINKE), Mitglied des Bundestages.

Fast alle kennen den Spruch: „Das Geld ist nicht weg, es ist nur woanders“. Das trifft auch auf den Energiemarkt zu. Wenn Verbraucherinnen und Verbraucher über Preissteigerungen klagen, freuen sich in- und ausländische Energiekonzerne, ihre Anteilseigner, Produzenten und der Finanzminister über steigende Einnahmen. Doch unter welchen Rahmenbedingungen Preise für Strom und Energie gebildet werden, ist eine politische Entscheidung. Wir stehen als LINKE sowohl auf der Seite der Mehrheit der Menschen, die Strom zum Leben brauchen, als auch auf der Seite des Mittelstandes, bei dem viele dieser Menschen arbeiten. Was denen nützt, wollen wir politisch umsetzen. Deshalb im Folgenden neun politische Maßnahmen, die den Strompreis für alle wieder bezahlbar machen würden:

■ Für die Krisen- und Spekulationsgewinne der Konzerne braucht es endlich eine echte **Übergewinnsteuer**

er zum Abschöpfen der Extraprofite. Damit würden sich willkürliche Preiserhöhungen nicht mehr lohnen. Investitionen in Erneuerbare Energien könnten gegengerechnet werden.

■ Ein wichtiger Preistreiber beim Strompreis sind die Kosten für den Betrieb und Ausbau der großen Überlandleitungen, das sogenannte Übertragungsnetz. Derzeit steht aufgrund politischer Fehlentscheidungen das Profitstreben beim Ausbau des Netzes im Vordergrund und nicht die notwendige Größe für eine funktionierende, möglichst dezentrale Energiewende. Notwendig ist es, die **Übertragungsnetze unter demokratische Kontrolle zu stellen**, durch Vergesellschaftung, durch Ausrichtung am Gemeinwohl und unter Mitbestimmung der Beschäftigten. Das würde die Netzkosten kontrollierbar machen, Profitmaximierung verhindern und den Weg hin zu einer Energiewirtschaft auf der Basis von Erneuerbaren erleichtern. Das ist sozial und ökologisch.

■ Die momentanen Regelungen und Verfahren führen dazu, dass staatliche Kontrollbehörden gegenüber Energiekonzernen zumeist zahnlos agieren. Gegen Preissprünge durch Spekulation ist daher eine echte **Preisaufsicht** unerlässlich.

■ Einen wachsenden Anteil an den hohen Strompreisen bilden die Netzentgelte. Diese müssen dringend auf den Prüfstand. Es bedarf einer **neuen Netzentgeltstruktur**, die sowohl die Erzeugungs- als auch die reale Netzsituation berücksichtigt, die alle Nutzer des Netzes (Erzeuger, Händler, Ver-

braucher) an der Finanzierung beteiligt und die zu einheitlichen Kriterien für ganz Deutschland führt. Die Folgen wären endlich eine faire Verteilung der Kosten und Anreize zum netzdienlichen Verhalten für alle Beteiligten am Stromsystem. Der Netzausbaubedarf würde sich reduzieren und dadurch zukünftige Netzentgelte geringer ausfallen. In Norddeutschland gibt es viel Strom vor allem aus der Windenergie, aber die Bruttostrompreise je Kilowattstunde sind insbesondere wegen höherer Netzentgelte rund 5 Cent pro kWh teurer als in Süddeutschland bei Strommangel. Das muss geändert werden.

■ Um den Netzausbaubedarf, die Kosten für Netzmanagementmaßnahmen und Redispatch (2022: 13 Mrd. €) deutlich zu verringern und damit für niedrigere Netzentgelte zu sorgen, brauchen wir eine **Stromgebotszonentrennung** in Deutschland, in Nord und Süd. Das würde im Norden den Bruttostrompreis deutlich senken, im Süden würde er dank der niedrigeren Netzentgelte nicht steigen. Gleichzeitig schont dies Ressourcen und die Umwelt.

■ Die **Stromsteuer ist auf das europäische Mindestmaß zu senken** von 2,05 Cent/kWh auf 0,1 Cent/kWh für Privatpersonen und 0,05 Cent/kWh für Unternehmen. Das hilft dem Mittelstand und Verbraucherinnen und Verbrauchern. Großunternehmen sind bisher sowieso befreit.

■ Ein Kernproblem bei der Preisgestaltung an der Strombörse ist das Merit-Order-Prinzip. Das teuerste, für die

Abdeckung des Bedarfs gebrauchte Kraftwerk bestimmt den Preis für alle restlichen Kraftwerke. Das wollen wir ändern. Für jede Stromerzeugungsanlage sollte ein **Preiskorridor** (Contracts for Differenz - CfD) festgelegt werden. Billigere Stromerzeugungsanlagen erhalten dann nur ihren Korridorhöchstwert und nicht den Preis des teuersten notwendigen Kraftwerkes.

■ Im Fall von Insolvenzen anderer Energieanbieter sind Grundversorger gezwungen, Energie zu sehr teuren Preisen am Spotmarkt einzukaufen. Das ist für sie mit enormen Risiken verbunden und für sie und ihre Kund:innen eine einseitige Schlechterstellung auf dem Markt. Die **Grundversorgung muss staatlich abgesichert sein**. Daher schlagen wir die Gründung eines staatlichen Energieunternehmens vor, das u. a. als Versicherung bzw. Back-up für kommunale Grundversorger (Stadtwerke) dient und mit ihnen entsprechende Energielieferverträge aushandeln darf. Das ermöglicht kommunalen Anbietern bessere Planung und senkt die Kosten für die Verbraucher:innen.

■ Die **Strompreisbremse muss verlängert werden**. Ein Auslaufen zum Ende des Jahres bzw. im Frühjahr 2024 wäre ein großer Fehler, denn sie wird zur Abschirmung vor Preisexplosionen unbedingt weiter gebraucht. Damit die Strompreisbremse optimal greift und zielgenau entlastet, sollte sie angepasst werden. Ein aktuelles Gutachten schlägt vor, den Maximalpreis für Haushalte und kleine Betriebe auf 35 ct/kWh abzusenken.

Bodo Ramelow: Wir brauchen mehr Gerechtigkeit!



Gute Bildung, bessere Mobilität mit Bus und Bahn, zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Industrie und mehr Engagement für Klimaschutz und unsere Kinder – ein Interview mit unserem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (DIE LINKE).

LinksBlick: Die Bundesregierung hat Investitionen in Milliardenhöhe vor allem in Ostdeutschland in unsicheres Fahrwasser gebracht. Sie haben das deutlich kritisiert und mehr Geld für Bildung, Busse und Bahnen und zukunftsfähige Industrie-Arbeitsplätze gefordert.

Ramelow: Die Entscheidung von Karlsruhe war absehbar. Leider hat sich die Bundesregierung auf sie in keiner Weise vorbereitet. Denn das ‚Sondervermögen‘ der Regierung hat gegen die ‚Schuldenbremse‘ verstoßen. Ich habe schon 2009 im Bundestag kritisiert, dass die ‚Schuldenbremse‘ der falsche Weg ist. Ich bin Kaufmann und weiß: Was in den politischen Debatten als Schulden abgetan wird, das sind Investitionen in die Zukunft. Geld für gute Schulen und gute Bildung, das sind doch keine Schulden, sondern notwendige Investitionen in die Zukunft unserer Kinder! Die Schuldenbremse verhindert gerade die angekündigten 50 Milliarden Euro an Investitionen in die neue IT-Industrie in Sachsen, Sachsen-Anhalt und indirekt auch hier in Thüringen. Wir brauchen aber eine Offensive für eine eigene Computer-Chip-Industrie, denn wir haben die Folgen bei den Thüringer Automobil-Zulieferern gesehen, als keine Chips mehr geliefert werden konnten. Hier nun zu sparen, wie es die Bundesregierung tut, das ist falsch! Wir brauchen in Ostdeutschland jetzt Investitionen in zukunftsfähige Technologien, in nachhaltiges Wirtschaften und in klimaneutrale Industrie und erneuerbare Energien – sonst werden wir in einer Sackgasse landen! Das ist wichtig auch für unsere Betriebe und Arbeitsplätze hier in Thüringen. Wenn ein großes Thüringer Unternehmen Geld in Windkraft stecken will, um seine Stromversorgung auf eigene Beine zu

stellen, aber von CDU und FDP ausgebremst wird, dann ist das ein Problem für uns alle hier in Thüringen.

LinksBlick: Auch in bessere Angebote im öffentlichen Nahverkehr, in Busse und Bahnen müsste mehr Geld gesteckt werden, oder?

Ramelow: Ja! Wir müssen als Politiker und Politikerinnen die Fragen von guter öffentlicher Infrastruktur wieder in den Mittelpunkt stellen. Jahrzehntlang wurde beispielsweise bei der Bahn gespart. Heute sind die Schienen und die Infrastruktur marode. Das ist auch eine direkte Folge der Privatisierung der Bahn. Wenn wir über Geld für Busse und Bahnen reden dürfen wir auch die volkswirtschaftlichen Werte nicht ausblenden, die wir durch Investitionen schaffen und erhalten. Die Bahn gehört nicht an die Börse! Sie soll nicht die Aufgabe haben, weltweit Unternehmen aufzukaufen und Profit zu machen, sie soll Verkehr organisieren – das ist ihre Aufgabe. Der Markt regelt das ganz offensichtlich nicht im Sinne

der Menschen. Also muss es heißen: Bürgerbahn statt Börsen-Bahn!

LinksBlick: Was heißt das konkret für die Verkehrspolitik?

Ramelow: Menschen müssen mobil sein können. Dazu brauchen wir gerade im ländlichen Raum vorerst noch Autos und Individualverkehr. Dennoch wissen wir: In Zukunft werden wir anders mobil sein müssen. Aber jeder muss die Möglichkeiten haben, von seinem Dorf in die nächste Stadt und wieder nach Hause zu kommen. Der Weg zum Arzt, zur Arbeit und Schule, zur Bank oder Post, das muss bis in den letzten Weiler funktionieren. Wir brauchen verbundene Angebote, von individueller Elektromobilität über die engere Verzahnung von Bussen und Bahnen, Bürgerbusse, Carsharing, Mitfahrbänke oder Anrufsammeltaxis für die letzte Meile bis zur Haustür. Für die Mobilitätswende brauchen wir Investitionen. Bezahlbar, erreichbar und jederzeit verfügbar – das muss unsere Antwort in der Verkehrspoli-

tik sein. Hier in Thüringen kämpfe ich zum Beispiel dafür, die Höllental-Bahn wieder in Betrieb zu nehmen. Das sind drei Kilometer Strecke zwischen Thüringen und Bayern und würde mit einem Schlag dafür sorgen, dass jeden Tag 300 LKWs weniger durch die Orte fahren würden – das wäre eine riesige Entlastung für die Umwelt und die Menschen.

LinksBlick: Am Ende reden wir hier über Fragen von Gerechtigkeit...

Ramelow: Das stimmt. Wir müssen über Gerechtigkeit in der Gesellschaft reden. Was ist denn das für ein Zustand, wenn heute Krankenhäuser an der Börse gehandelt werden? Was ist das, wenn Gesundheit darauf ausgerichtet wird, Profite zu organisieren und nicht gute Versorgung in der Region? Es ist also nicht egal, wem die Krankenhäuser gehören oder wem die großen Wohnungsbestände gehören. Darum müssen wir auch darüber reden, wie wir Wohnungen wieder stärker in öffentliches Eigentum holen. Hier in Gera haben wir zum Beispiel als Land eine Wohnungsbaugesellschaft gekauft, als die Gefahr drohte, dass die Wohnungen an einen Hedgefonds gehen. Hier kann in Zukunft die Grundlage für eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft liegen, um günstige Mieten zu sichern.

LinksBlick: Sie fordern eine andere Finanz- und Haushaltspolitik, damit Städte und Landkreise, das Land und der Bund wieder in die Lage kommen, Politik für die Interessen der Mehrheit der Menschen zu machen.

Ramelow: Ja, wir müssen über die unverschämten Reichtümer einiger Weniger und die ungerechte Verteilung von Vermögen und Eigentum in der Gesellschaft reden. Dabei geht es weder um Neid, noch um Enteignung, aber um Chancengleichheit und eine gerechte Besteuerung, damit die Chancengleichheit ermöglicht werden kann. Dazu gehört auch, dass zum Beispiel einige große Digitalkonzerne in Europa keine oder kaum Steuern zahlen. Da müssen wir europaweit Regelungen finden, damit dieser Skandal ein Ende hat!

LinksBlick: Sie haben zuletzt immer wieder gefordert, dass Menschen,

die nach Deutschland kommen, schneller arbeiten dürfen. Warum?

Ramelow: Wir können uns heute nicht den Luxus erlauben, auf Arbeitskräfte zu verzichten. Wir brauchen in den Betrieben grade jede Hand! Viel zu viele Menschen sind insbesondere in den 1990er Jahren aus Thüringen abgewandert und in den Westen gegangen. Heute fehlen uns diese Menschen an allen Ecken und Enden. Bis 2040 werden wir in Thüringen einen weiteren Verlust von fast 24 Prozent der Erwerbstätigen haben, weil die Menschen in den verdienten Ruhestand gehen – und wir haben bisher nur einen Bruchteil, die in den Jobs nachfolgen. Statt über Geflüchtete zu hetzen, müssen wir dafür sorgen, dass die Leute in Arbeit kommen! Dafür braucht es einen Spurwechsel in der Migrationspolitik: Wer als geflüchteter Mensch hergekommen ist, muss schnell das Recht haben, sein Leben mit den eigenen Händen zu verdienen. Und wer bei uns längst in Lohn und Brot steht, dem müssen wir auch eine geordnete Bleibperspektive bieten. Wir brauchen für eine gute Zukunft hier in Thüringen heute jede Hand und jeden Menschen mit

seinen und ihren Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt.

LinksBlick: Welche weiteren Ideen gibt es für die Entwicklung am Thüringer Arbeitsmarkt?

Ramelow: Wir brauchen neue Antworten. Dazu gehören attraktivere Ausbildungsmöglichkeiten hier im Land, damit niemand mehr in den Westen oder in andere Bundesländer ausweichen muss. Außerdem müssen wir auch junge Menschen zurückholen. Wir bilden ja selbst aus oder können über gute und günstige Azubi-Wohnheime unterstützen. Wir brauchen auch starke Gewerkschaften, um bessere Löhne und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen und auch um in Zukunft für höhere Renten zu sorgen. Es ist richtig, wenn Beschäftigte für ihre Rechte und für gute Tarifverträge streiken! Denn Tarifverträge bedeuten mehr Gerechtigkeit.

LinksBlick: Und noch ein Blick auf das Thema Bildung, das viele Menschen beschäftigt.

Ramelow: Unsere Leitlinien sind klar: Beitragsfrei von der Krippe bis

zum Meister oder Master. Niemand darf nach seiner Ausbildung oder dem Studium auf einem Schuldenberg sitzen und niemand soll überlegen müssen, ob der Kindergartenplatz bezahlbar ist. Wir brauchen längeres gemeinsames Lernen, also konkret: Mehr Gemeinschaftsschulen! Die aktuellen Ergebnisse der Pisa-Studie zeigen doch eindeutig, dass alle Kinder die gleichen Chancen bekommen müssen. Ich kämpfe um die Abschaffung von Kindergartenbeiträgen bundesweit, so wie wir das hier in Thüringen bereits mit den ersten zwei beitragsfreien Jahren machen. Und wir brauchen überall die Möglichkeit von bis zu zehn Stunden Betreuungszeit für alle Kinder. Für unsere Kinder und unsere Gesellschaft ist gute Bildung doch eine wichtige Zukunftsressource. Dafür müssen wir stärker in die Bildung unserer Kinder investieren. Bildung darf daher nicht allein in der Verantwortung der Bundesländer liegen. Hier muss vor allem finanziell der Bund stärker einsteigen. Lasst uns gemeinsam mehr für die Kinder und Familien tun und für alle die Chance auf einen guten Lebensweg ermöglichen!



**Wir sind auch auf Telegram.
Jetzt abonnieren!**



t.me/linke_th

Schäbige Debatte auf Kosten von Geflüchteten beenden!

Wer vor Krieg, Hunger und Not flieht, der muss Aufnahme finden und menschenwürdig leben können. Es besteht für jeden Menschen ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Das kann der Staat in verschiedenen Formen gewährleisten. Für Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, wurde daher zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern vereinbart, dass der Bezug von Bürgergeld dafür eine praktikable Möglichkeit ist. So konnten Behörden vor Überlastung bewahrt und Abläufe in den Verwaltungen und Behörden optimiert werden. Die CDU in Thüringen fordert nun ein Ende des Anspruchs auf Bürgergeld für Menschen aus der Ukraine. Der Vorschlag ist unsinnig und er ist reine Stimmungsmache. DIE LINKE setzt dagegen auf Solidarität. Die Herausforderung besteht nun darin, dass den Kommunen die entstehenden Kosten erstattet werden müssen. Im Thüringer Landtag haben daher DIE LINKE, SPD und Grüne beschlossen, dass für das Jahr 2023 die entstehenden

den Kosten vom Land für die Städte und Gemeinden komplett erstattet werden. Bund, Länder und Kommunen haben also gemeinsam die Verantwortung für die Versorgung Geflüchteter übernommen. Dieses Modell hat sich bewährt, indem es gerechtere Teilhabe von Geflüchteten an der Gesellschaft und eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Dennoch ist offensichtlich, dass viele Menschen, die eigentlich arbeiten möchten, tatsächlich in der Realität weiterhin vor zahlreichen Hürden stehen. In Thüringen fehlen immer mehr Arbeits- und Fachkräfte, unter anderem in der Pflege, der Industrie, dem Handwerk oder Busfahrer*innen. Daher könnte das Bundesland von einer besseren Integration der Menschen aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt nur profitieren. Statt pauschal Leistungen zu kürzen, wie es die CDU will, bräuchte es den Abbau von Hürden, damit Menschen schneller in Arbeit kommen und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Anstatt die Debatte sachlich zu führen



Foto: AdobeStock_133680604/domoskanonos

und Lösungen zu finden, die für alle Menschen hier in Thüringen gut wären, bedient die CDU billige Ressentiments gegen Geflüchtete. Damit macht sie politisch Stimmung und spielt jene Menschen, die vor Krieg Schutz suchen, und die Beziehende*innen von Sozialhilfe gegeneinander

aus. Für DIE LINKE ist dagegen klar: Allen Menschen steht eine sanktionsfreie Mindestsicherung zu, die vor Armut schützt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Und der Weg in Arbeit muss einfacher werden. Das wäre gut für uns alle in Thüringen.

Schutz vor Armut statt Neiddebatten!



CDU, FDP und AfD schüren aktuell eine unsägliche Neiddebatte. Auf dem Rücken von Menschen ohne Arbeit oder mit geringen Einkommen wird Stimmung gemacht. Erzählt wird, Arbeit lohnt sich nicht mehr. Der Faktencheck zeigt: Das ist falsch. Wie die Graphik zeigt, haben Menschen mit geringen Einkommen um die 500 Euro pro Monat mehr Geld in der Tasche, als Bürgergeldempfänger*innen. Und was CDU und Co. verschweigen: Bürgergeld erhalten auch viele Menschen die nicht arbeitslos sind. Menschen mit Armutsrenten, Langzeiterkrankte, Personen in Ausbildung oder Qualifizierung sowie Menschen im Niedrig-

lohnbereich, die aufstocken müssen, erhalten ebenso diese Unterstützung. Auch sie alle werden von Merz und anderen als faul und unehrlich verunglimpft. Und was bringt diese Stimmungsmache? Auf jeden Fall nicht mehr Geld für geleistete Arbeit. Aber darum sollte es doch gehen: Gute Löhne und Renten, die vor Armut schützen. Als LINKE kämpfen wir deswegen für die Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro, sichere Arbeitsplätze und mehr Steuergerechtigkeit. Weitere Fragen und Antworten rund um das Bürgergeld finden Sie auch auf der Seite des Deutschen Gewerkschaftsbundes: www.dgb.de

Wie würde Ihr Regierungsprogramm für Thüringen aussehen?

DIE LINKE in Thüringen hat in den letzten Wochen Verbände, Gewerkschaften und Vereine gefragt: Wie stellen Sie sich Thüringen in Zukunft vor? Wie soll ein lebenswertes Land aussehen und was sind die wichtigsten Themen, die eine Landesregierung anpacken müsste?
Mehr als 100 ausführliche Antworten haben wir bekommen – von Gewerkschaften, den Thüringer Bauern, Sozialverbänden oder einem Fahrradclub. Unter den Rückmeldungen gab es unzählige Vorschläge zur Lösung

konkreter Probleme in den Dörfern und Städten, aber auch Visionen für unser Land in 20 Jahren. Auf dem Weg zu einem Regierungsprogramm für das Superwahljahr 2024 setzt DIE LINKE auf das Wissen der Menschen in Thüringen. Neben Ideen aus den vielen Stellungnahmen haben wir auch in digitalen Diskussionsrunden mit Expert*innen über die großen Herausforderungen diskutiert, vor denen unser Land steht. Und schließlich haben wir in Konferenzen quer durchs Land auch mit Mitgliedern unserer Partei über ihre Ideen

gesprochen. Viele von ihnen engagieren sich ehrenamtlich in Stadt- und Gemeinderäten, Kreistagen oder in Vereinen und der Nachbarschaft, und haben so ihr Ohr dicht am Alltag ihrer Menschen in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in der Gartenanlage. Wie können wir noch bessere Schulen für unsere Kinder organisieren, die Gesundheitsversorgung und Pflege der Älteren auf stabilere Füße stellen oder die Energie-Kosten senken? Und auch in diesen Diskussionsrunden zeigte sich: Das Wissen und die Einschätzungen der Menschen

im Land sind wertvoll, um gemeinsam ein Programm zu erarbeiten. Viele wissen mehr als Wenige. Unser Ziel ist, dass am Ende möglichst viele Menschen in Thüringen sagen können: Das ist mein Regierungsprogramm für unser Land!
Dass eine Partei so frühzeitig und mit so vielen Menschen im Land die Ideen für ein Regierungsprogramm diskutiert, das dürfte einmalig sein. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen hier in Thüringen das Leben für Alle Stück für Stück verbessern.

Unser Team für ein soziales Europa



Am 9. Juni wird das Europaparlament neu gewählt. DIE LINKE geht mit 20 Kandidat*innen in die Wahl für ein soziales und friedliches Europa – an der Spitze steht unser Thüringer Europaabgeordneter Martin Schirdewan. Auf den Plätzen dahinter folgen Carola Rackete, Özlem Alev Demirel und Gerhard Trabert (v.l.n.r.), die in Gewerkschaften, für Geflüchtete und Klimaschutz sowie als „Arzt der Armen“ engagiert sind. DIE LINKE wird im Europaparlament auch weiterhin als starke Stimme für soziale Gerechtigkeit gebraucht!

Mehr Informationen zum Wahlprogramm und zu den Kandidat*innen im Internet unter: www.die-linke.de

Platz 1 – Martin Schirdewan – Zeitenwende für Gerechtigkeit

Zunehmende Ungleichheit und Armut sind die Folgen neoliberaler Politik der letzten Jahre. Das spaltet die Gesellschaft und gefährdet unsere Demokratie. Es braucht jetzt ein Umsteuern, eine Zeitenwende für Gerechtigkeit. Wer Europa will, muss es Reichen und Konzernen nehmen.

Martin Schirdewan streitet für einen Politikwechsel: Für massive öffentli-



che Investitionen statt Kürzungspolitik, für armutsfeste Löhne und für mehr demokratische Mitbestimmung europaweit. Er will einen Klimaschutz, der den nötigen Umbau unserer Wirtschaft mit sozialer Sicherheit und einer aktiven Industriepolitik schafft, vor allem in von Strukturwandel besonders betroffenen Regionen, wie in Ostdeutschland. Und eine unabhängige Friedensunion, die nicht auf Aufrüstung, sondern auf Diplomatie und Verhandlungen setzt, und in der Menschenrechte für alle gelten.

Martin Schirdewan ist Co-Vorsitzender der Fraktion THE LEFT im Europäischen Parlament und setzt sich für

eine EU ein, die endlich den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik rückt. Daran möchte er als Spitzenkandidat für DIE LINKE anknüpfen und den Menschen Gehör verschaffen, die keine Lobby haben.

Platz 2 – Carola Rackete – Die Klimakrise sozial lösen!

Die Klimakrise ist eine Herausforderung ungekannten Ausmaßes. Verursacht wurde sie durch die Konkurrenz und Profitgier der großen Konzerne, die auch heute mit Millionen die Politik beeinflussen. Wir wollen die Verursacher zur Verantwortung ziehen und Entscheidungen für das Gemeinwohl treffen.

Für die Industrie bedeutet das, fossile Konzerne zu vergesellschaften und gute, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. In der Landwirtschaft geht es darum, die Spekulation mit Böden und Essen zu stoppen, Bauer*innen



ein gutes Auskommen zu sichern und alle Menschen mit gesunden, bezahlbaren Lebensmitteln zu versorgen. Deutschland hat historisch den vierthöchsten Treibhausgas-Ausstoß der Welt. Als Spitzenkandidatin für DIE

LINKE kämpfe ich deshalb auch für einen Schuldenerlass für den globalen Süden – sowie sichere Perspektiven für Menschen, die durch die Klimakrise zur Flucht gezwungen sind.

Platz 3 – Özlem Alev Demirel – Für gute Löhne und gute Arbeit!



Für gute Löhne und Arbeitsbedingungen, soziale europäische Mindeststandards, eine konsequente Friedenspolitik und gegen den Ausbau der EU zu einer Militärunion setzt Özlem Demirel sich seit ihrer Wahl ins Europäische Parlament 2019 unermüdlich ein.

Immer wieder macht sie zudem auf die durch FRONTEX betriebene Militarisierung der Außengrenzen und die damit verbundene Verletzung der Menschenrechte Geflüchteter aufmerksam.

Özlem Alev Demirel ist Gewerkschafterin und seit 2019 Abgeordnete im Europäischen Parlament.

Platz 4 – Gerhard Trabert – Aktiv gegen Armut

Armut macht krank und Krankheit macht arm. Seit Jahrzehnten ist es

Gerhard Traberts wichtigstes Anliegen, diesen Missstand in die Öffentlichkeit zu tragen und zu versuchen, betroffenen Menschen als Sozialarbeiter und Arzt ein Stück Würde zurückzugeben.

Aufgewachsen ist Gerhard Trabert in einem Mainzer Waisenhaus, denn sein Vater arbeitete dort als Erzieher. Schon seine Kindheit war mit der Erkenntnis verbunden, dass es anderen Kindern deutlich schlechter ging als ihm. Nach der Hauptschule besuchte er unter anderem die Fachhochschule Sozialwesen in



Wiesbaden. Es folgten mehrere Jahre als Sozialpädagoge in Krankenhäusern und ein Medizinstudium. Nach mehreren Jahren Berufserfahrung gründete Gerhard Trabert 1997 den „Verein Armut und Gesundheit in Deutschland“. Er war zudem Initiator der Arbeitsgruppe „Armut und Gesundheit“ im Bundesgesundheitsministerium, die 2000 bis 2004 aktiv war. Die „Ambulanz ohne Grenzen“, eine Poliklinik für nicht krankenversicherte Menschen, wurde 2013 ins Leben gerufen und von Gerhard Trabert aufgebaut.

Preisrätsel

Unter allen Einsendungen des richtigen Lösungswortes verlosen wir **25 mal 2 Karten** für die exklusive Teilnahme an einer Lesung mit Bodo Ramelow und Johannes Maria Fischer, dem Autor des Buches „...und manchmal platzt der Kragen. Bodo Ramelow – eine Biografie“. Die Veranstaltung findet am 25. März 2024 um 18 Uhr in Erfurt statt. Nähere Informationen erfolgen nach der Ziehung der Gewinner. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zuschriften bis 29. Februar 2024 an: DIE LINKE. Thüringen, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt, Fax: 0361-6011141 oder per mail an lgst@die-linke-thueringen.de. Absender bitte nicht vergessen! Die Daten werden lediglich zur Gewinnermittlung und Benachrichtigung verwendet und anschließend gelöscht.

dt. TV-Moderator (Jörg)	↓	viele (ugs.)	↓	ungerade (beim Roulette)	↓	Fischknochen	↓	Zu-Tal-Bringen des Viehs	Oper von Verdi	↓	großer Greifvogel	chem. Element, Schwermetall	↓	Göttin der Künste	↓	Grundmuster, Konzept
türkische Hafenstadt	→					britischer Roman-, Filmheld (James)	→			↻ 11	organ. Bodenbedeckung	→			↻ 5	
	↻ 8			Spaltwerkzeug für Holz	→			mit anderem Namen	→					Gott anrufen		Zündschnur
Cocktail mit Eigelb (engl.)	→					Abendkleid	→				Lufttrübung	→				
Pflanze mit fleischigen Blättern		norddeutsch für Ried, Schilf		Einfall, Gedanke		Waldland in Feld verwandeln		zünftig, kernig; originell	→				australischer Laufvogel	→		
	→							Fährte, Abdruck		hinderlich, lästig	Söller, balkonartiger Vorbau	→				↻ 4
Absperzung, Hindernis	↻	englischer Hochadliger		kleines Klappfenster		obwohl	→		↻ 1				Hochtal in der Schweiz		US-Filmstar: ... Hanks	
brasilianische Fußballlegende	→					jene		amerik. Autor (Edgar Allan)	→		Dienststelle; Behörde	→	Wasser vogel		↻ 7	
Musik: Übungsstück (franz.)	→							germanischer Wurfspieß		Fluss zum Rhein				Leichtmetall (Kzw.)		belgischer Kurort
Zustand der Eintracht, Harmonie		Auto-messe (Abkürzung)		veraltet: Zorn, Groll	→								Gebirgstier (süddt. Name)			
	→		↻ 6			riesige Menge		Pelz russischer Eichhörnchen	bayer. Benediktinerabtei							Brei aus Früchten, Kartoffeln
in Fett gebackenes Hefeteiggebäck	↻	langbeiniger Vogel		Hauptstadt der Balearen	Wassersportart					↻ 10	Sperrklinke	Unterhaus des russ. Parlaments				↻ 9
	→					Affodillgewächs, Heilpflanze		eine Zahl	→				Rauchfang, Schornstein			Rahm, fetthaltiger Teil der Milch
treulos, verräterisch		Schafjunges		Koseform für Großmutter	fügsam, gebändig				↻	Zier-, Nutzpflanze		See in Schottland (Loch ...)				
westfälische Stadt an d. Lippe	→						↻ 3	Früchte	→				Aktion, Handlung		spanischer Nationalheld	
glasartiger Schmelzübergang	→				aufregend					Umwechslung						↻ 2
mittellos; bedauerndwert	→							Metallbolzen	→					unbestimmter Artikel		
	→														französisches Adelsprädikat	

twitter.com/die_linke_th
instagram.com/die_linke_th
youtube.com/dielinketh
facebook.com/linke.thueringen
t.me/linke_th